

Empa: Die Verträge sind signiert

THUN Vertreter von Stadt, Kanton und der Empa haben die Verträge zur Sicherung des Empa-Standortes Thun unterzeichnet.

«Die Empa hat einen hohen Stellenwert für Thun.» Dies sagte der Thuner Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) an der Stadtratsitzung im letzten Februar, bei der das Parlament letztlich einen 1,7-Millionen-Kredit genehmigte. Mit dem Geld sollte der Standort Thun der Eidgenössischen Materialprüfungsanstalt (Empa) bis 2030 gesichert und gleichzeitig ein Ausbau ermöglicht werden. Im März sprach dann auch der Grosse Rat mit 130 zu 0 Stimmen einen Kantonsbeitrag von 10 Millionen Franken für den Empa-Ausbau (wir berichteten). Nun haben die Direktbeteiligten das Vorhaben unter Dach und Fach gebracht. Wie die bernische Volkswirtschaftsdirektion gestern mitteilte, haben Lanz, Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann (SP) sowie Empa-Direktor Gian-Luca Bona «die Standortverpflichtung der Empa in Thun bis zum Jahr 2030 vertraglich geregelt».

Technologie-Campus in Thun

Das Projektvolumen der Empa für die in Thun vorgesehenen Aktivitäten beläuft sich, wie es in der Medienmitteilung weiter heisst, «gemäss gegenwärtiger Planung auf insgesamt rund 18 Millionen Franken, an denen sich der Kanton Bern und die Stadt Thun zusammen mit knapp 10 Millionen Franken über die nächsten acht Jahre beteiligen». Der Standort im Perimeter des Entwicklungsschwerpunkts Thun-Nord solle den Charakter eines Technologie-Campus erhalten und eng mit den Aktivitäten des Innovationsparks Biel verknüpft werden. In unmittelbarer Nähe zur Empa sind zudem Flächen und ein Unterstützungsangebot für Start-up-Firmen vorgesehen.

Schliessung verhindert

Die Empa will in Thun den Forschungsbereich Additive Fertigung forcieren. Dazu gehört zum Beispiel die Weiterentwicklung der 3-D-Drucktechnik. Aktuell beschäftigt die Empa in Thun 70 Angestellte. Bevor sie die jüngsten Ausbaupläne bekannt gab, hatte die ETH eine Schliessung des Standorts Thun nicht ausgeschlossen. Daraufhin setzte sich die Stadt zusammen mit der kantonalen Wirtschaftsförderung für den Erhalt der Empa in Thun ein.

In Kürze

THUN Pro Senectute lädt zur Fitnesswoche

Ein Team von begeisterten Sportlern der Pro Senectute lädt zur Winterfitnesswoche 2018 an den Achensee in Tirol ein, wie die Organisation in einer Mitteilung schreibt. Das Hotel zur Post in Pertisau bietet modernste Zimmer, Verpflegung und einen grossen SPA-Bereich. Die Loipen, Schneeschuhtrails und Winterwanderwege sind alle in unmittelbarer Nähe. Die Fitnesswoche findet von 14. bis 20. Januar statt. Anmeldeschluss ist der 8. Dezember. Detailschreibung mit Anmeldetalon gibts unter 033 226 70 70. *egs*

GROSSER RAT SPARDEBATTE

Auf die grosse Zitterpartie folgte die grosse Freude

Zwei Millionen Franken pro Jahr wollte der Regierungsrat bei der Gartenbauschule Hünibach sparen. Doch der Grosse Rat stellte sich gestern gegen die Regierung – und hinter die Schule. Bis weit in bürgerliche Kreise geniesst die Gartenbauschule Kredit.

Die Szene spielt sich gestern Nachmittag im Berner Rathaus fernab von Mikrofonen und TV-Kameras ab: Die grüne Thuner Grossrätin Andrea de Meuron und Marianna Serena, Direktorin der Gartenbauschule Hünibach, fallen sich im Gang hinter der Zuschauertribüne in die Arme. Sie feiern ihren Sieg nach der gewonnenen Schlacht. Zahlreiche Schülerinnen und Schüler der Gartenbauschule können den Entscheid des Grossen Rates noch nicht richtig fassen. Hilferfindens Gemeindepäsident Gerhard Beindorff (FDP) beobachtet die Szenerie.

«Hart gekämpft»

«Es ist unglaublich, die Freude ist sehr gross», sagt Andrea de Meuron strahlend. «Eine knappe Mehrheit des Grossen Rates anerkennt, dass die Gartenbauschule Hünibach gute Arbeit leistet und kantonal und schweizweit wichtige Ausbildungsplätze anbietet, das Pflänzli wurde heute gestärkt», so die Grossrätin und Initiantin der Motion «Rettet die Gartenbauschule Hünibach». Deren Direktorin Marianna Serena wirkt erschöpft: «Wir haben hart gekämpft», stellt sie fest. Glücklicherweise habe man aber auf eine «breite Befürworterbasis» zählen können. Die über 35 000 Unterschriften aus Region und Kanton, aber auch aus der restlichen Schweiz für die Erhaltung der Schule sprächen für sich.

«Hinter den Kulissen aktiv»

Und: «Die Unterstützung unseres Anliegens durch den Thuner Stadtpräsidenten Raphael Lanz

war sehr wichtig», sagt Serena. Dieser habe den Weg für den Erfolg bis weit in bürgerliche Kreise geebnet. Lanz geniesst still: «Ja, ich war hinter den Kulissen aktiv, und es freut mich, wenn meine Arbeit gewürdigt wird», gibt er zu Protokoll.

Hilferfindens Gemeindepäsident Gerhard Beindorff kritisiert derweil seine Partei: «Die Haltung der FDP-Fraktion zu dieser wichtigen Schule enttäuschte mich», so Beindorff. Nur sehr wenige FDP-Parlamentarier hätten für die Schule gestimmt.

«Licht löschen»

Die Debatte im Berner Rathaus wurde emotional geführt: «Der Regierungsrat will das Licht unseres Leuchtturms löschen», startete Andrea de Meuron. Dies würde das Aus für 50 Arbeitsplätze und 50 integrative Ausbildungsplätze bedeuten. «Schliessen wir die Schule, generieren wir neue Sozialhilfempfangserinnen und -empfänger», so de Meuron weiter.

Raphael Lanz (SVP) schlug in dieselbe Kerbe: «Die Gartenbauschule bildet junge Menschen aus, die im dualen System keine Chance hätten.» Schliesse man die Schule, drohten Mehrkosten.

«Nicht gerne vorgeschlagen»

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) versuchte vergeblich, den Standpunkt des Regierungsrates zu verdeutlichen: «Ich habe diese Massnahme auch

OTon

«Stimmen wir Nein zur Motion, sind wir hier die Totengräber.»

Ueli Frutiger, BDP Oberhofen

«Die Gartenbauschule ist ein Baum in der Berner Bildungslandschaft, der wertvolle Früchte trägt.»

Ulrich Egger, SP Hünibach

«Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die räumliche Nähe zur Gartenbauschule in dieser Diskussion eine Rolle spielt.»

Hannes Zaugg-Graf, GLP Utendorf

«Es geht hier nicht um Bio. Wesentlich ist, dass diese jungen Leute keine anderen Lehrstellen finden.»

Thomas Knutti, SVP Weissenburg

«Das biodynamische Argument zieht hier nicht, es geht um Zierpflanzen. Für zwei Drittel der FDP ist die Sparmassnahme zumutbar.»

Adrian Haas, FDP Bern

nicht gerne vorgeschlagen, und ohne Spardruck hätten wir darauf verzichtet», so der Regierungsräsident. Aber: Kein anderer Kanton führe wie der Kanton Bern mit Hünibach und Oeschberg zwei Gartenbauvollzeitschulen. «Manchmal muss man halt etwas abbauen», sagte Pulver weiter. Und: Der nächste Erziehungsdirektor müsse dann die zwei Hünibach-Millionen woanders einsparen.

«Das war knapp»

Schliesslich stimmte das Kantonsparlament mit 76 Ja- zu 67 Nein-Stimmen der Planungserklärung zu, welche den Verzicht auf die Streichung des Kantonsbeitrags an die Gartenbauschule Hünibach forderte.

Den Vorstoss «Rettet die Gartenbauschule Hünibach» überwies das Parlament darauf äusserst knapp: Bei 70 Ja- zu 70 Nein-Stimmen verhalf Ratspräsidentin Ursula Zybach (SP, Spiez) der Motion mit ihrem Stichentscheid zum Durchbruch. Diese fordert unter anderem, dass mit der Gartenbauschule eine neue Leistungsvereinbarung ausgehandelt wird, die einerseits den Fortbestand der Schule sichert und andererseits die Basis für eine Steigerung des Eigenfinanzierungsgrades legt. «Wir wussten zwar, dass es knapp werden würde», sagte Gartenbauschule-Direktorin Marianna Serena, «aber so knapp...»

Stefan Geissbühler



Da waren die Mienen noch skeptisch: Direktorin Marianna Serena (l., stehend) verfolgt mit Schülerinnen und Schülern der

Gartenbauschule Hünibach den Start der Debatte. Vorne Hilferfindens Gemeindepäsident Gerhard Beindorff. Raphael Moser

Grosser Rat: Schülertransporte werden verschont

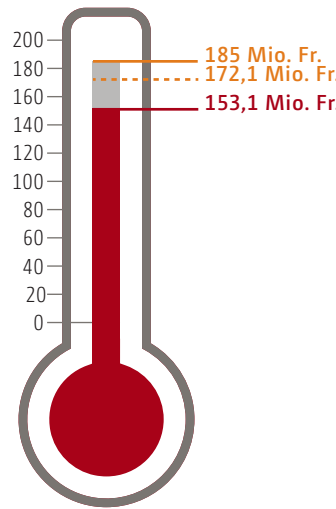
Spardebatte Gestern verzichtete der Grosse Rat auf etliche Sparmassnahmen. So wälzt er etwa Schülertransportkosten nicht auf die Gemeinden ab.

Letzte Woche hielt der Grosse Rat nahezu mit den Sparbeträgen der Regierung mit. Gestern aber wollte er diverse Kürzungen bei der Erziehungsdirektion sowie bei der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion nicht mittragen. So hinkte er am Ende des vierten Tages der Spardebatte dem Ziel der Regierung um rund 20 Millionen Franken hinterher. Dies, obschon er bei den Fusionsbeiträgen an Gemeinden 700 000 Franken mehr sparen will als die Regierung. Das Parlament folgte dem Argument der Finanzkommission (Fiko), dass es weniger Fusionen geben werde als vorgesehen. Auf diese grösseren Sparbeträge verzichtet der Rat: • 4,5 Millionen Franken bei den Durchführungs- und Verwaltungskosten Ergänzungsleistungen. Dies, weil die Kosten auf die Gemeinden überwält worden wären. • 4,25 Millionen Franken bei den höchstmöglich anrechenbaren Heimkosten. Der Grosse Rat verzichtet einstimmig auf diese Sparmassnahme. Bereits die Fiko hatte dies angeregt,

SPARBAROMETER

Tag 4

— Gesamtparziel Regierungsrat
- - - Zwischenziel Regierungsrat
— Effektive Sparsumme



weil die Hebelwirkung bei den Institutionen zu gross gewesen wäre.

• 4,2 Millionen bei den Schülertransportkosten, welche die Gemeinden hätten berappen müssen. Dies verstosse gegen Abmachungen im Finanz- und Lastenausgleich (Filag), fanden sowohl die Fiko als auch das Parlament.

• 2,6 Millionen Franken bei berufsvorbereitenden Schuljahren und Vorlehren. Den Entschluss fällte Grossratspräsidentin Ursula Zybach (SP, Spiez) mit einem Stichentscheid.

• 2,1 Millionen Kürzungen bei den Gartenbauschulen Hünibach und Oeschberg. Hier wehrten sich insbesondere die Oberländer Regionsvertreter für das Angebot in Hünibach (vgl. Artikel oben). Es gibt allerdings zwei Aber: Das BZ Emme muss 300 000 Franken mit strukturellen Anpassungen kompensieren, weil die Floristenschule Oeschberg geschlossen wird. Und mit der Gartenbauschule Hünibach werden neue Verhandlungen aufgenommen.

• 1,25 Millionen Franken bei der Zusatzfinanzierung für höhere Fachschulen. Die Vertreter des Oberlands wehrten sich zudem für die Hotelfachschule

Thun. Dieses Lobbying wurde einigen Grossräten zu viel. Der Rat nahm einen Kompromissantrag von Jakob Etter (BDP, Treiten) an und spart nun bei den betroffenen Schulen lediglich die Hälfte.

Im Wesentlichen folgte der Grosse Rat bei den nicht regionalpolitisch gefärbten Entscheidungen den Empfehlungen der beratenden Finanzkom-

mission. Bei zwei Sparmassnahmen jedoch setzte das Parlament entgegen der Fiko-Empfehlung den Rotstift an: • 10 Millionen Franken bei den Brückenangeboten wie etwa zehnten Schuljahren. Darauf wollte die Finanzkommission verzichten, weil der Kanton damit Kosten auf Gemeinden abwälzen würde und dies gegen Filag-Abmachungen verstosse. Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) wendete mit seiner Argumentation das Blatt zu-

gunsten der Sparmassnahme: «Der Kanton bezahlt hier eine Aufgabe zu hundert Prozent, die eigentlich über den Lastenausgleich Soziales laufen müsste.» Er sprach die grosse Zunahme von Integrationsklassen an. Wenn diese Klassen für Flüchtlinge wegfallen würden, müssten sich die Gemeinden zur Hälfte an den entstehenden Kosten im Sozialausgleich beteiligen. Mit dieser Sparmassnahme hingegen müssten sie lediglich 30 Prozent tragen.

• 6,63 Millionen Franken will das Parlament durch einen Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen sparen. Die Fiko hatte dies abgelehnt, weil sich die Sozialpartner – also Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände – dagegen wehrten. Im Grossen Rat appellierten diverse Sprecher an das Gewissen von SP und FDP, welche die Interessen dieser Verbände vertraten. «Beim Gewerkschaftsbund steht die Solidarität sonst immer zuoberst.»

Barbara Mühlheim, GLP

«Beim Gewerkschaftsbund steht die Solidarität sonst immer zuoberst.»

Barbara Mühlheim, GLP

Der Sparauftrag wurde halbiert

HOTELFACHSCHULE THUN

Der Sparauftrag wurde halbiert

Die Hotelfachschule Thun muss ab 2021 eine halbe statt einer ganzen Million einsparen. Dennoch ist Schuldirektor Christoph Rohn enttäuscht.

Die Verantwortlichen der Hotelfachschule müssen den Gürtel enger schnallen. Dennoch sind sie gestern im Grossen Rat mit einem blauen Auge davongekommen. Der Regierungsrat hatte im Sinn, bei der Schule ab 2021 jährlich eine Million Franken einzusparen. Bei einem 4,7-Millionen-Budget hätte dies anderem betroffenen Viertel der Einnahmen entsprochen (wir berichteten). Das Parlament gab indes mit 125 zu 18 Stimmen der Planungserklärung von Jakob Etter (BDP, Treiten) den Vorzug: Er schlug vor, die geplanten Einsparungen um die Hälfte zu reduzieren – nicht nur bei der Hotelfachschule Thun, sondern auch den zwei anderen betroffenen Institutionen, der Höheren Fachschule Holz Biel und der Gartenbauschule Oeschberg.

Mehrere Grossräte aus der Region Thun-Oberland hatten vorher kräftig die Werbetrommel für die Hotelfachschule geführt. «Dass wir uns für sie einsetzen, ist nicht nur regionalpolitisch motiviert. Sie ist ein

Kommentar



Stefan Geissbühler
Chefredaktor

Schützenswert

Gouverner, c'est prévoir – regieren heisst voraussehen: An diesen Grundsatz hat sich der Regierungsrat mit Blick auf die Gartenbauschule Hünibach mit seinen Sparvorschlägen nicht gehalten. Ein Nein zur Gartenbauschule hätte das Aus für 50 Arbeitsplätze und 50 integrative Ausbildungsplätze bedeutet. Diese Ausbildungsplätze hätte der Kanton anderswo bereitstellen – oder die betroffenen Personen allenfalls via Sozialhilfe unterstützen – müssen.

Richtigerweise hat der Grosse Rat nun korrigierend eingegriffen. Und im Gegensatz zur Regierung Weitsicht bewiesen. Klar ist die Regierung verantwortlich für die Gesamtschau und dafür, dass der Kantonshaushalt im Lot bleibt. Nur: Sparmassnahmen, die verpuffen, sind keine tauglichen Sparvorschläge. Schlitzohrigerweise hat der Regierungsrat die gesamten Sparmassnahmen im Umfang von 185 Millionen Franken wohl bewusst (zu) hoch angesetzt – im Wissen darum, dass das Paket im Grossen Rat teilweise gerupft wird.

Damit die Gartenbauschule Hünibach auf lange Sicht bestehen bleiben kann, braucht es neben den Kantonsbeiträgen vor allem eines: Die Schule muss ihre Kosten in den Griff kriegen – sonst taucht sie beim nächsten Sparprogramm garantiert wieder auf dem Radar auf.

stefan.geissbuehler@bom.ch

Unrühmliches Räuberquartett

REGIONALGERICHT Vier ausländische Staatsangehörige stehen unter anderem wegen Raub vor Gericht. Ihnen droht der Landesverweis.

Es war ein trauriges Bild, dass die vier Angeklagten am ersten Verhandlungstag abgaben: Nicht nur, dass ihr begangener Raub lediglich 600 Franken abwarf, sie machten sich laut Anklageschrift weiterer Straftaten schuldig. Auch ihre Lebensgeschichten enthielten allerlei Brüche: Stress am Arbeitsplatz, familiäre und gesundheitliche Probleme, einfachste Ausbildungen und entsprechend wenig rosige berufliche Zukunftsperspektiven.

Neben dem Straftatbestand Raub (in einer Gemeinde am Brienzensee) einte sie der Umstand, dass sie allesamt ausländische Staatsangehörige waren: aus Syrien, Kosovo und der Türkei. Mehr oder weniger lange in der Schweiz, sprachen sie entsprechend gut Deutsch, ein Dolmetscher war nicht notwendig. Dafür vier Polizisten, denn zwei der vier Angeklagten befinden sich in Haft. Ebenfalls zu viert waren die amtlichen Verteidiger.

«Spürte das Messer am Hals»

Die Gerichtspräsidentin befragte jeden der Angeklagten zur Tat im Oktober 2016. Ihr Plan war es, zu einem «Freund» eines Angeklagten zu fahren, dort einzubrechen und Wertsachen und eventuell Marihuana zu stehlen. Doch ihr Plan funktionierte schon in den Ansätzen nicht, denn die Wohnung war nicht menschenleer ... Die vier Angeklagten klopften an die Tür; als sich niemand meldete, schlugen sie mit einem Hammer das Badezimmerfenster ein. Von diesem Lärm erwachte das Opfer, das in seiner Wohnung geschlafen hatte, und fragte laut, was denn los sei. Gemäss Anklageschrift hörte der Überfallene einen Mann sagen, beim Spielen sei eine Scheibe kaputtgegangen. Darauf zog sich der Überfallene an und öffnete die Haustüre.

Einer der Angeklagten drang, gefolgt von einem Zweiten, in die Wohnung ein und bedrohte das Opfer: «Ich spürte die Klinge am Hals», gab der Bedrohte später zu Protokoll. Die Forderung nach

Geld und Schmuck wies das Opfer zurück, worauf ihn ein Angeklagter laut Anklage ohrfeigte. Sechs Hunderternoten wechselten den Besitzer, doch das genügte nicht; das Opfer erhielt wieder eine Ohrfeige und wurde erneut nach Geld und Schmuck gefragt. In einem unbewachten Augenblick konnte das Opfer ins Freie flüchten. Darauf ergriffen auch die Angeklagten die Flucht und gelangten zum Parkplatz, wo die zwei anderen Mitangeklagten warteten. Sie fuhren mit dem Auto zurück nach Bern.

Landesverweis droht

Bei der Befragung war aus dem mutmasslichen Räuberquartett ein armeseliges Häufchen geworden, das sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe schob. Es verstrickte sich in Widersprüche, sah sich mehr als Opfer widriger Lebensumstände und wogelte seine Taten mehr oder weniger ab.

Neben dem Raub wurde den Angeklagten Hausfriedensbruch und Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie Sachbeschädigung vorgeworfen. Einer der Angeklagten hatte die Taten offenbar während einer Bewährungsstrafe begangen, ein anderer wiederum – seine drei Kumpanen belasteten ihn schwer – hatte sich während seiner Haft im Gefängnis eine Disziplinarverfügung zuschulden kommen lassen, weil er verbotene Substanzen geraucht hatte. Damit nicht genug, auch ein zweiter Raub in Bern wurde ihm zur Last gelegt: Am Tatort wurden Fingerabdrücke sichergestellt, sein Smartphone wurde von einem Sendemast in der Nähe des Raubs geortet. Doch er bestritt die Tat, gelobte Besserung in seinem Leben und wollte nach seiner Haftentlassung mit seinen Bewährungshelferinnen in Kontakt bleiben und gepflegt werden. Reuig waren alle vier – ihnen droht der Landesverweis.

Die Frage der Gerichtspräsidentin, ob sie sich ein Leben in einem anderen Land vorstellen könnten, verneinten alle. Heute wird die Staatsanwältin ihre Sicht der Dinge vortragen, anschliessend werden sich die vier Verteidiger äussern. Das Urteil wird am Freitag erwartet. *Fritz Lehmann*

Staub verlässt Blausee AG

KANDERGRUND Direktor Stefan Staub verlässt die Blausee AG. Seine Stelle wird nicht besetzt. Das Unternehmen passt seine Führungsstruktur an.

Der Verwaltungsrat der Blausee AG, unter welcher die Betriebe Blausee, die Bioforellenzucht und das Klosterhotel St. Petersinsel zusammengefasst werden, hat sich entschieden, die operative Führung neu zu regeln. Die Position des Direktors/CEO wird aufgehoben, wie das Unternehmen gestern mitteilte. Zukünftig werden die Gastgeber am Blausee sowie auf der St. Petersinsel direkt dem Delegierten des Verwaltungsrates, Stefan Linder, rap-

portieren. Der Direktor/CEO der Blausee AG, Stefan Staub, welcher das Unternehmen während der letzten zwei Jahre in finanzieller wie qualitativer Hinsicht erfolgreich geführt hat, wird nach Abschluss diverser Projektarbeiten das Unternehmen im Laufe des nächsten Jahres verlassen und sich einer neuen Herausforde-

rung stellen. Stefan Staub ist es gelungen, die Blausee AG in den verschiedenen Geschäftsfeldern nachhaltig und qualitativ weiterzuentwickeln. Für die Zukunft wünscht ihm der Verwaltungsrat beruflich wie privat alles Gute und dankt ihm für sein grosses Engagement und seinen Einsatz. Rückwirkend per 1. Dezember 2017 werden Frau Lisa Goosmann und Herr Janis Buergi gemeinsam die Leitung als neues Gastgeberpaar am Blausee übernehmen. *pd*

ANZEIGE

SICHERHEIT
Ich fühl mich Frey

FREY
+CIE

ALARM

- Brand • Einbruch
- Video • Zutritt

www.freysicherheit.ch
Tel. 031 958 58 54